

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 M. monatlich 1.10 M.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
je Seite oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereine...

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Neruprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 17. Mai 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Neruprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Salandras Demission vom König abgelehnt!

Meldung des großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
16. Mai 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Ypern greifen schwarze
Truppen seit gestern nachmittag ohne jede Rück-
sicht auf eigene Verluste unsere Stellungen west-
lich des Kanals bei Steenstraete und Hel Sas an.

Südwestlich von Lille schritten die Eng-
länder nach starker Artillerievorbereitung gegen
unsere Stellungen südlich Neuve-Chapelle zum
Infanterieangriff, der an den meisten Stellen
schon abgeschlagen ist.

Westlich der Argonnen setzten wir uns
abends durch Angriff in Besitz eines starken
französischen Stützpunktes von 600 Meter
Breite und 200 Meter Tiefe nördlich von Ville-
sur Tourbe und behaupteten denselben gegen drei
nächste für den Feind sehr verlustreiche Gegen-
angriffe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Gegend Szawle wurde ein russischer
Vorstoß mühelos abgewiesen. Die Zahl der dort
in den letzten Tagen gemachten Gefangenen
übersteigt 1500. An der Dubissa, nordwest-
lich Ugiann, mußte eine kleinere Abteilung von
uns stärkeren russischen Kräften weichen, sie ver-
lor 2 Geschütze.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Pilica und oberer Weichsel sowie
auf der Front Sambor (40 Kilometer südöstlich
Przemysl)—Stryj—Stanislaw befinden die ver-
bündeten Armeen sich im weiteren Vormarsch.

Wie es unsere Gewohnheit bei französischen Angriffen mit
großen Heilen ist, wird nachfolgend der französische Befehl (Wir
geben nur die deutsche Uebersetzung wieder. Red. d. „Vorw.“) für
die im Gange befindliche Offensive nördlich von Arras bekannt-
gegeben:

Nach einem Feldzug von neun Monaten, wovon sieben in den
Besatzungen zugebracht wurden, ist es Zeit, eine endgültige
Anstrengung zu machen, um die feindliche Linie zu durchbrechen

und — Besseres erwartend — die Deutschen zunächst vom natio-
nalen Boden zu vertreiben. Der Augenblick ist günstig. Niemals
war die Armee stärker und von einem erhabeneren Geiste befeelt.

Der Feind vor uns scheint nur über einige Divisionen zu ver-
fügen. Wir sind vielmehr so stark als er und haben eine Artillerie,
so furchtbar, wie sie noch nie auf dem Schlachtfelde erschienen ist.

Der Kommandierende General des 33. Armeekorps
gez. Petain.
Der Chef des Generalstabes
(Kame unleserlich).

Besonders interessant ist die Angabe über die deutsche Defensiv-
auf der Ostfront.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. Mai. (W. L. B.) Amtlich wird verlaut-
bart, 16. Mai 1915, mittags:

In Russisch-Polen verfolgen die verbündeten
Streitkräfte südlich der unteren Pilica, haben das Berg-
land von Rielce bis zum Oberlauf der Kamienna vom Feinde
gesäubert und sind entlang der Weichsel bis auf die Höhen
nördlich Klimontow vorgedrungen.

An der San-Strecke Rudnik—Przemysl wurden
russische Nachhut von westlichen Flußufer zurückgeworfen,
hierbei viele Gefangene gemacht.

Die aus den Waldkarpaten vorgedrungenen
Armeen sehen ihr Vorrücken fort. Eine starke russische
Nachhut wurde gestern in der Gegend der Höhe Magiera
zerstört. Sieben Geschütze, elf Maschinengewehre erobert,
über tausend Gefangene gemacht. Unsere Truppen sind vor-
mittags mit klingendem Spiel jubelnd begrüßt in Sambor
eingezogen.

In Südostgalizien wurden nördlich Kolomea
neue Angriffe der Russen abgewiesen, ein Stützpunkt dem
Gegner entzogen. Weiter Bruth abwärts bis zur Reichs-
grenze herrscht verhältnismäßig Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Die italienische Krise.

Das Ministerium Salandra bleibt!

Rom, 16. Mai. (W. L. B.) Die Agenzia Stefani gibt
bekannt: Der König hat die Demission des Ministeriums
Salandra nicht angenommen. Infolgedessen bleibt das
gesamte Ministerium auf seinem Posten.

Aus dieser lakonischen Meldung läßt sich nicht ohne wei-
teres entnehmen, ob Giolittis Bemühungen, die friedliche
Neutralität Italiens aufrechtzuerhalten, vollständig geschei-
tert sind. Auf alle Fälle ist aber jetzt wieder die italienische
Krise in ein Stadium gefährlicher Spannung getreten. Denn
die interventionistischen Treiber finden im Ministerium
Salandra ein nur zu williges Werkzeug. Die Befürchtung,
daß Salandra die Kammer vor eine vollendete Tatsache, d. h.
eine Kriegserklärung stellen und auf die mit einer solchen
verbundene nationalistische Massenpsychose rechnen werde, ist
durch die kurze Meldung der Agenzia Stefani nur zu sehr
berechtigt.

Das kommende Erntejahr
und der Reichstag.

Die Herren vom Deutschen Landwirtschaftsrat sind zu
einer Beratung über die Regelung der Kriegswirtschaft im
kommenden Erntejahr zusammen getreten. Die rein wirt-
schaftliche Körperschaft läßt es sich nicht nehmen, auch hoch-
politische Materien zu verhandeln. Der Vorsitzende, Graf
Schwerin-Löwiz, erklärte:

Kein anderer Stand sieht fester in dem Entschluß, in diesem
Kriege, losse es, was es wolle, durchzuhalten bis zu einem vollen
Siege, als die deutsche Landwirtschaft. Wir werden und müssen
durchhalten bis zur Erlämpfung eines Siegespreises, der die un-
ermesslichen Opfer dieses Krieges wirklich lohnt, bis zu einem
Friedensschluß, der uns und unseren Nachkommen für alle Zukunft
nicht nur volle Sicherheit und eine volle Verteidigungsfähigkeit
gegen gleich ruchlose Ueberfälle bietet, sondern auch die volle Frei-
heit der Entwidlung unserer ganzen wirtschaftlichen und nationalen
Kraft gewährleistet.

Wie dieser Sieg beschaffen sein muß, darüber schweigt sich
der Herr Redner aus, das kann man in der „Post“ und in der
„Deutschen Tageszeitung“ und in der „Kreuz-
zeitung“ nachlesen.

Auf das „Durchhalten“ richten sich nun die Herren ein.
Und — siehe da! — das als „Siege des sozialistischen Prin-
zips“ angepriesene Getreidemopol findet ihre freudige Zu-
stimmung! Der Landwirtschaftsrat tritt dafür ein, daß die
gesamte Ernte an Brotkorn, Gerste und Hafer beschlagnahmt
wird. Sie wollen an dem jetzigen System festhalten. Nur
kleine Änderungen scheinen ihnen erwünscht: sie treten für
die Dezentralisation ein und vor allem für stärkeren Einfluß
der Gutbesitzer: „die landwirtschaftlichen Interessen müssen
besser gewahrt werden und zu diesem Zwecke müsse bei allen
die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse be-
treffenden Bestimmungen die Entscheidung in die Hand der
bei den Landeszentralbehörden bestehenden landwirtschaftlichen
Verwaltungen gelegt werden“.

In der Tat haben ja auch die Großgrundbesitzer bei dem
bestehenden System glänzende Geschäfte gemacht. Sie haben
für Getreide nie dagewesene Preise erzielt, ebenso für
Kartoffeln, für Rüben und andere Futtermittel, die sie
abzugeben hatten; ihr Vieh haben sie zu sabelhaften
Preisen losgeschlagen und auch in Jucker und Braumwein
wurden glänzende Geschäfte gemacht. Das Kriegsjahr ist ein
fettes Jahr für diese Produzenten geworden. Die kühnsten
Forderungen, die im Antrag Ranig formuliert wurden, sind
weit, weit übertroffen worden. Damals wurden 215 M. für
die Tonne Weizen, 165 M. für Roggen, 155 M. für Gerste
und Hafer als Verkaufspreis genannt, den das Reich fordern
sollte bei Monopolverkauf; die Preise, die die Landwirte er-
zielen konnten, wären erheblich niedriger gewesen. Jetzt aber
ist für die Tonne Weizen den Landwirten ein Preis von
mindestens 250 M., für Roggen 210 bewilligt worden, wäh-
rend Hafer und Gerste schätzlich mit 300 M. und darüber
verkauft wurden. Für die Kleinbauern steht die Rechnung
freilich anders, denn sie haben vielfach das unerschwing-
lich teure Futter nicht beschaffen können und waren daher
vielfach nicht in der Lage „durchzuhalten“, sondern mußten
ihren wertvollsten Besitz, das Vieh verkaufen, als die Preise
noch niedrig waren.

Die Frage, was im kommenden Erntejahr geschehen soll,
ist allerdings von allergrößter Bedeutung. Es ist kaum
anzunehmen, daß der Krieg auch den nächsten Winter
dauert. Auf der anderen Seite ist aber zweifellos,
daß die Bewertung der kommenden Ernte nicht dem „freien
Spiel der Kräfte“ überlassen bleiben kann. Auch nach
Friedensschluß dürfte es Monate dauern, bis der Handel in
normale Bahnen gelangt und bis dahin muß die Versorgung
der Bevölkerung sichergestellt werden.

Die gesetzlichen Bestimmungen, auf die sich alle Verord-
nungen des Bundesrats in bezug auf Festsetzungen von
Höchstpreisen und Durchführung der Beschlagnahme stützen,
haben provisorischen Charakter. Dadurch werden aber die
Verhältnisse kompliziert. Angenommen, es wird das gerüttelte
Getreide beschlagnahmt und den Landwirten vom Staate be-
zahlt, nach Friedensschluß tritt aber die Gewerbefreiheit
wieder ein, was besagt, daß nunmehr die Getreidehändler
ausländisches Getreide einführen können. Wenn auch zu be-
fürchten ist, daß auf dem Weltmarkt hohe Getreidepreise gelten
werden, so dürfte doch ein Preis von 260 M. für die Tonne
Weizen in Berlin unmöglich sich einstellen. Was dann? Die
Großgrundbesitzer hätten zu Kriegspreisen an den Staat ver-
kauft, während faktisch Getreide zu niedrigeren Preisen zu
haben ist!

Wie man sieht, würde die einfache Anwendung der zur-
zeit geltenden Bestimmungen über Höchstpreise und Be-





# Aus Groß-Berlin.

## Zusatz-Brotkarten in Groß-Berlin.

Während bereits die meisten deutschen Großstädte bei der Verteilung der Brotkarten Rücksicht genommen haben auf das größere Brotbedürfnis körperlich schwer arbeitender Personen, indem sie solchen Personen von vornherein eine größere Brotmenge zuweisen oder Zusatzkarten für solche Personen aus den ersparten Brotkarten zuteilen, haben die Groß-Berliner Gemeinden an der einheitlichen Brotkarte festgehalten. Nunmehr wird auch bei den Groß-Berliner Gemeinden die Frage der Zusatz-Brotkarten in nächster Zeit entschieden werden. Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hat bereits vor einiger Zeit bei der Groß-Berliner-Brotkartengemeinschaft den Antrag gestellt, die ersparten Brotkarten zu verwenden für Zusatzkarten an diejenigen Haushaltungen, für die die wöchentliche Brotmenge von 1950 Gramm mit Rücksicht auf die Alterszusammensetzung oder die berufliche Tätigkeit der Haushaltungsmitglieder nicht ausreicht. Zur Begründung dieses Antrages führt der Magistrat aus, daß durch die Gewährung solcher Zusatz-Brotkarten die Einhaltung der vom Reich zur Verfügung gestellten Mehlmenge von 200 Gramm für den Kopf und Tag keineswegs in Frage gestellt wird. Die ernste Pflicht, mit dem zur Verfügung stehenden Mehlvorrat sparsam umzugehen, würde durch die Einführung von Zusatz-Brotkarten nicht verletzt. Aber ebenso ernst wie diese Pflicht der Sparsamkeit sei die Pflicht der Gemeinden, für eine ausreichende Ernährung aller Schichten ihrer Einwohnerschaft Sorge zu tragen und zu verhindern, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung die Gefahr der Unterernährung eintritt. Diese Gefahr bestehe aber für die körperlich schwer Arbeitenden, zumal die, welche den Tag über vom Haushalt entfernt sind, und für größere Kinder. In vielen Groß-Berliner Gemeinden werden die Brotkarten bei weitem nicht verbraucht. In Charlottenburg z. B. werden 9 bis 10 Proz. der Brotkarten erspart. Verwendet man ersparte Brotkarten, wenn auch nur teilweise, für die Gewährung von Zusatzkarten, so ist damit sehr wohl ein Weg gegeben, das begründete höhere Brotbedürfnis vieler zu befriedigen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß eine andere Regelung der Brotkartenverteilung vorgenommen würde, denn das jetzt zugewiesene Quantum Brotkarten reicht in den Fällen, wo sich mehrere Kinder in mittleren oder älteren Jahren befinden, vor allen Dingen bei Knaben, die gewöhnlich noch stärker essen als Mädchen, nicht aus, während Familien mit kleineren Kindern meistens Brotkarten übrig behalten. In Wirklichkeit besteht ja jetzt schon der von Charlottenburg angestrebte Zustand, nur mit dem Unterschied, daß wer heute Brotkarten an andere abgibt, bestraft werden kann. Trotz aller Strafbestimmungen werden heute in ungezählten Fällen Brotkarten ausgetauscht, so daß es gar nicht möglich wäre, alle diese Sünder zu bestrafen. Ein gewisser Ausgleich könnte also schon dadurch geschaffen werden, daß diese Strafbestimmungen aufgehoben würden. Sodann vermessen wir in der Begründung noch eine Forderung, die uns gegenüber vielfach von einzelstehenden Personen, auch solchen, die nicht schwere körperliche Arbeit verrichten, erhoben worden ist, die dahin geht, daß man ihnen wenigstens 2000 Gramm Brotmarken gebe, da sie dann in der Lage seien, wenigstens zwei Zweifundbrote zu kaufen. Wer sich jetzt selbst befristet, der muß, da er zwei Brote für 1950 Gramm nicht bekommt, ein Dreifundbrot und sechs Semmeln kaufen, muß sich also mit dem schon 24 Stunden alten Brot noch auf mindestens 5 Tage einrichten. Das dürfte in der bevorstehenden Jahreszeit, in der Brot sehr schnell trocknet, kaum gehen. Auch diesen Leuten müßte mit einer Zusatzmarke geholfen werden.

Wir wollen also hoffen, daß zunächst die Strafbestimmungen für die Verfehlungen in den mitgeteilten Fällen aufgehoben und daß weiter Zusatzkarten für schwer arbeitende und für einzelstehende Personen abgegeben werden. Das würde zum großen Teil die Mißstimmung der Bevölkerung gegen die jetzige Brotkartenverteilung beseitigen.

## Der Kriegsaussschuß für Konsumenten-Interessen zur Lebensmittelversorgung.

Am gestrigen Sonntag um 10 Uhr vormittags fand unter starker Beteiligung im großen Saale der Victoria-Bräuerei die Tagung des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen statt. Durch Delegierte waren eine große Anzahl kaufmännischer und gewerblicher Vereine vertreten. Nachdem Geschäftsführer Wilhelm einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen und der Bezirksaussschüsse gegeben hatte, teilte Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt mit, daß in den meisten größeren Städten Bezirks- und Ortsaussschüsse begründet worden und 60 bis 70 bedeutende Verbände, Gewerkschaften und Vereine Deutschlands dem Kriegsaussschuß korporativ angeschlossen sind. Hierauf sprach Universitätsprofessor Dr. Waldemar Zimmermann zu dem Thema: „Die Vertretung unserer Forderungen“, die Zwecke und Ziele des Kriegsaussschusses beleuchtend. Danach soll es die Aufgabe des Ausschusses sein, gegenüber den bestehenden organisierten Interessensvertretungen der Produzenten und Händler die Masse der Verbraucher zu einer möglichst starken Aktionsgemeinschaft zusammenzufassen; insbesondere sei Wert auf eine volkswirtschaftlich gesunde und gerechte Regelung der Warenverteilung und des Warenverbrauches zu legen und alle Preistreiberereien auf dem Warenmarkt energisch zu bekämpfen. Neben der Errichtung von Sammel- und Auskunftsstellen sei eine Organisation von sachkundigen Vertretungen von Konsumenteninteressen gegenüber den Behörden und Parlamenten erforderlich und auch der Nahrungsmittel-, Miet- und Arbeitswucher müsse scharf bekämpft werden. — Dann sprach Land- und Reichstagsabgeordneter Johannes Giesberts über: „Die Fortführung unserer Arbeit“. Um die engere Fühlung mit den Behörden aufrechtzuerhalten, sei ein in vollster Öffentlichkeit sich vollziehendes geschlossenes Auftreten erforderlich und eine tätige Mitarbeit der Korporationen und Gewerkschaften notwendig. Die Frage der Behandlung von Höchstpreisen und Produktionsüberboten spiege sich immer mehr zu; es sei Aufgabe des Kriegsaussschusses, sorgfältig statistisches Material zu sammeln, um auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage gesetzliche Maßnahmen in dieser Hinsicht herbeizuführen. An dieses Referat knüpfte sich eine lebhafte Aussprache, an welcher sich unter anderem Professor Franke, Dr. Potthoff, Dr. G. Bäumer, Dr. A. Lehn, Fräulein Dr. Salomon beteiligten und die eine Übereinstimmung mit den von dem Vortragenden gegebenen Richtlinien für die Verwirklichung einer zielbewußten Weiterarbeit im wesentlichen herbeiführte. Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Junß von der Landwirtschaftlichen Hochschule sprach hierauf über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten“, und gab in seinen Ausführungen neue Richtpunkte

für die deutsche Ernährungspolitik im neuen Erntejahre. Der Redner unterschied zunächst hier drei große Gruppen: 1. Sicherstellung auskömmlicher Nahrungsernährung (vor dem Vieh) zu erträglichen Preisen. 2. Öffentliche Ordnung der Viehhaltung und der Futtermittelversorgung. 3. Voraussetzung für die beiden ersten Punkte: Errichtung einer Reichs-Ernährungsbehörde in andauerndem Zusammenwirken mit selbständigen Behörden für dezentralisiert verwaltete einheitliche Wirtschaftsbezirke in den einzelnen Reichsgenden. Die Aufgabe dieser Behörde müsse Förderung der Ernterzeugung und sorgsamste Schätzung der landwirtschaftlichen Betriebsstoffe sein, wobei Falschmeldungen aufs schärfste zu bestrafen wären. In allen größeren Gemeinden Deutschlands müßten städtische Lebensmittelämter errichtet werden. Zu Punkt 1 seiner Forderungen schlug der Referent vor:

- a) Beschlagnahme hinreichender Mengen von Brotgetreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten, Rapsöfen (auf Großgütern) für den Jahresbedarf von 70 Millionen Menschen; öffentliche Enteignungs- und Sicherungsbefugnisse für andere elementare Massenbedarfsartikel, wie Magermilch, Butter (bei Mangel sonstiger Fette), Fleischvieh, Futter usw., auf Grund eines physiologischen Mindestbedarfsplanes.
- b) Fortführung und gegebenenfalls Weiterbildung des gemeinwirtschaftlichen Verteilungsverfahrens nach Kopfmengen für Brot usw.
- c) Systematische Durchbildung der Höchstpreis-Festsetzung für Produzenten und Händler (prozentuale Vermittlungsvergütungen mit zeitlich gestaffelten Lagerungszuschlägen), Verkaufszwang, Verkaufsrechte für Gemeinden, gemeinnützige Anstalten usw., Eisenbahntarifpolitik, Reichsvergütungen für Auslandsbezüge.
- d) Systematische Herstellung und Aufspeicherung von Dauerware, Vorratshäusern, Trockenkartoffeln usw. Beschränkung der Trinkbranntwein-, Bier- und Zuderzeugung. Pflege der öffentlichen Bürgeressungen. Einschränkung des „Stredens“ wichtiger Lebensmittel.

Nach einer Aussprache, in welcher unter anderem Abgeordneter Giesberts und Dr. Potthoff den Wert der Begründung einer derartigen Reichs-Ernährungsbehörde betonten und nach einem Schlußwort des Professors Dr. Zimmermann wurde die Tagung geschlossen.

## Kampf mit einem Fledderer.

Große Aufregung verursachte ein Fledderer in der Nacht zum Sonnabend in einem Stadtbahnhof. Ein Handwerker, der gegen 12 1/2 Uhr in der Richtung nach Bestend zu fuhr und etwas eingeschlafen war, spürte auf der Streda zwischen dem Schlesischen Bahnhof und der Jannowitzbrücke plötzlich fremde Hände an seinem Körper. Er erwachte und sah, daß ein Fledderer im Begriff war, ihn auszurauben. Der Handwerker, der nun vollends wieder munter war, sagte zu und so kam es zu einem Kampf zwischen ihm und dem Fledderer. Als er um Hilfe rief und die Notleine zog, sprang der Fledderer, sobald der Zug etwas langsamer fuhr, nach der verkehrten Seite aus dem Abteil hinaus und entfloh die Gleise entlang nach dem Schlesischen Bahnhof zu. Durch die Sperre dort ist er aber nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei nicht gekommen. Wahrscheinlich hat er an der Andreasstraße eine Treppe, die von einem Wärtershäuschen hinabführt, benutzt, um vom Bahnkörper auf die Straße zu gelangen. Nach der Beschreibung, die der Angefallene von ihm gibt, ist er etwa 25—30 Jahre alt und mittelgroß, hat einen schwarzen kurzgeschneitten Schnurrbart und trug eine dunkle Mütze.

## Weim Spielen ertrunken.

Der acht Jahre alte Sohn Walter des Kolonial- und Delikatwarenhandlers Dymala aus der Invalidenstr. 103 besuchte die Schule in der Gurbener Straße und fuhr jeden Tag mit der Straßenbahn nach Hause. Am vergangenen Freitag blieb er nach Schluß aus. Vergeblich warteten die Eltern auf ihn und suchten ihn dann mit Hilfe der Polizei überall, jedoch vergebens.

Nachdem sich die Mutter vorgefertigt ermittelt hatte, daß er mit einem anderen Schüler am Freitag nach Schluß unterwegs gesehen worden war, begab sie sich nach der Schule, um weiter zu forschen. So gestand denn jetzt sein Begleiter, daß er vor seiner Augen ertrunken sei. Der kleine Dymala war entzogen seiner Gepflogenheit am Freitag nicht mit der Straßenbahn gefahren, sondern mit seinem Schulkameraden zu Fuß gegangen. Als er am Holsteiner Ufer zum Spielen einen Rettungsfahrer besteigen wollte, verlor er das Gleichgewicht, fiel in die Spree und ging gleich unter. Sein Schulkamerad lief davon und sagte weder zu Hause noch in der Schule etwas von dem Unglück.

## Kampf zwischen Kriminalbeamten und Zigeunern.

In dem Hause Badstraße 34 wohnen mehrere Zigeunerfamilien, die durch ihre Streitigkeiten unter sich und mit anderen Leuten der Polizei viel zu schaffen machen. Neuerdings machte wieder eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch das Feststellen mehrerer Bewohner nötig. Zu diesem Zwecke wurden am Sonnabendabend die Kriminalbeamten Letat und Schwarz nach dem Grundstück gefandt. Es scheint, daß die Zigeuner, die in den Seitensügeln hausen, diesen Besuch schon erwartet hatten. Denn auf dem Keinen, schmalen, schon am Tage ziemlich dunklen Hofe hatten sich bereits mehrere von ihnen versammelt, als die beiden Beamten in den Torweg eintraten. Sobald Letat und Schwarz die Torfahrt durchschritten hatten, fielen die Versammelten über sie her. Als einer der Zigeuner Schwarz durch einen Stoßhieb eine blutende Stirnverletzung beigebracht hatte und ein anderer eine blanke Waffe zog, griff Letat, um von seinem Kameraden und sich selbst drohende Gefahr abzuwehren, zur Pistole und gab einen Schuß ab, der den 60 Jahre alten Pferdehändler Josef Steinbach am Oberarm traf. Jetzt gaben die Zigeuner den Kampf auf. Der Verletzte wurde auf der Hilfswache in der Badstraße verbunden und dann nach Hause entlassen. Die Angel hatte den Arm nur gestreift.

## Brand einer Holzbearbeitungsfabrik.

Wegen eines gefährlichen Fabrikbrandes wurde am Sonntag vormittag die 2. Kompanie der Berliner Feuerwehr nach der Romintener Straße 26 alarmiert, wo in einer Holzbearbeitungsfabrik Feuer ausgebrochen war. Dort brannten Möbel, Geisdecksäfen, Schalbeden, das Dachgebälz des zweiten Quergebäudes mit dem Dachstuhl in solcher Ausdehnung, daß mehrere Schlauchleitungen vorgenommen werden mußten. Es gelang, die Flammen zu lokalisieren und dann durch kräftiges Wassergeben zu löschen.

**Keine Nachrichten.** Die Leichen zweier neugeborener Kinder, eines Knaben und eines Mädchens, wurden an der Achenbachbrücke in Moabit gelandet. Es wird vermutet, daß es sich um Zwillinge handelt, die ursprünglich zusammengepackt und verschmurt waren, deren Hülle sich aber im Wasser löste. — Auf der Straße vom Lobe überrascht wurde die 50 Jahre alte Frau Marie Kunze aus der Altonaer Straße 36. Vor dem Hause Händelstraße 1 wurde sie von einem Blutturz befallen, brach zusammen und war auf der Stelle tot. — Aus dem Liebensee wurde gestern die Leiche des 19jährigen Dienstmädchens Elisabeth Müller gelandet, das bei einer Pirschfahrt in der Kantstraße zu Charlottenburg in Stellung war. Es wird vermutet, daß das Mädchen bei brennender Kerze im Bette gelesen habe, dann eingeschlafen und im Schlafe gegen die Kerze gekommen sei und so das Bett in Brand gesetzt habe. Die Flammen habe sie dann gelöscht und aus Furcht vor Strafe sei sie dann ins Wasser gegangen.

**Wer ist die Tote?** Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde die Leiche einer unbekanntem Frau, die dem Aeuheren nach wohl dem Mittelstrande angehört hat. Sie wurde vor dem Hause Königin-Augusta-Straße 52 angekommen und nach dem Schauhaufe gebracht. Die Ertrunkene ist etwa 20 bis 25 Jahre alt, ist mittelgroß und kräftig gebaut, hat dunkelblondes Haar, ein volles, ovales Gesicht und trug ein schwarzes Florkleid, schwarze durchbrochene Strümpfe, einen weißen Spitzenunterrock und schwarze Halbschuhe.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Dienstagmittag:** Überall etwas wärmer, im Süden größtenteils heiter und trocken, im Norden vielfach bewölkt und im östlichen Küstengebiet an den meisten Orten geringe Regenschauer.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Anna Falkenberg**  
nach längerem Leiden am 14. Mai gestorben ist. Dies zeigt tiefbetrubt an im Namen der Hinterbliebenen

**August Falkenberg**  
nebst Kindern und Enkelkindern,  
Dochter, 35.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofs, Griebstraße, Ecke Müllerstraße, aus statt.

**Höbelfabrik „Fortuna“**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
SO 38, Heidelberger Str. 75/76.  
Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 7. Mai cr. löst sich unsere Genossenschaft auf.  
Gläubiger haben ihre Forderungen einzureichen. 103/5  
Die Liquidatoren:  
Gustav Berger, Gustav Schönburg, Richard Wolf.

**In Freien Stunden**  
Die  
Wochenchrift für Arbeiterfamilien  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

**Spezialarzt**  
f. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen.  
Institut:  
Dr. med. Karl Reinhardt,  
Prinzenstr. 64  
Potsdamer Str. 117  
Aufklärende  
zwischen Dresdener und Annenstraße, Sprechst. 5—7, Sonntags 10—11. a. d. Lützowstr., Sprechst. 1/2-2 u. 1/2-1/2, 10 U. abds., Sonnt. 11-1. 48 Seiten starke Broschüre gratis und postfrei in verschlossenem Kuvert.

**Minlos'sches Waschpulver**  
alleintätig, ohne Seife und Soda  
zu verwenden  
das 1 Pfd. Paket kostet nur 80 Pfg.

● Kennst Du das Land, wo diese Eichen stehen?  
● Hast Du den kleinen Spreewald schon gesehen?  
● Der schönste Ausflugsort im Reich  
● **Manns Waldschloß in Schöneiche.**

**Meierei C. Bolle A.G.**  
Berlin NW. 21, Alt-Moabit 98-103 Fernruf: Moabit 7912, 7913, 7914

**Eigenes Laboratorium für Milchuntersuchung**  
Der Ruf und die Größe der Firma mit ihren zahllosen Angestellten bürgen für unverfälschte Reinheit aller Produkte

**Aeltester u. größter milchwirtschaftl. Großbetrieb**  
2500 Angestellte. 290 Verkaufswagen

**Dr. Axelrods Joghurt**